

Vortragsreihe FORUM CONSTITUTIONIS EUROPAE (FCE)  
Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht  
Humboldt-Universität zu Berlin

**Herr Íñigo Méndez de Vigo y Montojo**  
**Staatssekretär für EU-Angelegenheiten**

Spanisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit  
Berlin, 3. Februar 2015

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

„Europa nach der Krise: Welche Zukunft erwartet die Europäische Union?“

Wenn ich heute hier in Berlin das Wort ergreife, so hat das für mich eine ganz besondere Bedeutung.

Und zwar aus folgendem Grund: Alle spanischen Kinder können einige Zeilen aus einem Gedicht von Antonio Machado auswendig, in dem er seine Kindheit beschreibt als „Erinnerungen an einen Innenhof in Sevilla und einen sonnigen Garten, in dem ein Zitronenbaum reift“. Die Erinnerungen an meine Kindheit sind auch spanisch, doch sie spielen anderswo. In Anlehnung an den Dichter könnte ich sagen, dass meine Kindheit von Erinnerungen an den Schulhof der Deutschen Schule Madrid geprägt ist. 14 Jahre war ich auf dieser Schule. Ich war dort sehr glücklich, habe eine gute Ausbildung erhalten und Deutschland, seine Menschen, seine Sprache und seine Kultur lieben gelernt.

Nun verstehen Sie sicher, warum es mich freut und ehrt, die Gelegenheit zu haben, einige Überlegungen zur gegenwärtigen Lage Europas mit Ihnen zu teilen.

Aber es gibt einen weiteren Grund, der mich besonders glücklich macht, und er hat mit der Institution zu tun, in der wir uns befinden: in dieser renommierten Humboldt Universität zu sprechen, die den Namen zweier großer deutscher Intellektueller trägt und die zahlreiche Denker hervorgebracht hat, die das europäische Gedankengut maßgeblich beeinflusst haben, empfinde ich als große Ehre. Ich möchte an dieser Stelle meinen Dank an Herrn Dr. Pernice sowie an den Botschafter García-Berdoy aussprechen, die zusammen dafür gesorgt haben, dass ich hier und heute vor Ihnen stehe.

Es ist fast auf den Tag genau fünfzehn Jahre her, dass der damalige deutsche Außenminister, Joschka Fischer, in eben dieser Universität hier eine Rede hielt, die seinerzeit für Aufsehen sorgte. Ich werde mich seiner Worte bedienen, um zu analysieren, was aus den entsprechenden Vorschlägen geworden ist, und welchen Weg Europa tatsächlich eingeschlagen hat. Vielleicht lassen sich daraus Schlüsse ziehen, die uns Orientierungshilfe sein könnten, sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft.

Genau wie Herr Fischer damals sage auch ich heute, dass ich in niemandes Namen spreche, dass allein ich verantwortlich bin für das, was ich heute hier sage. Meine Visitenkarte sind meine fast zwanzig Jahre als Mitglied des Europäischen Parlaments und meine dreijährige Amtszeit als spanischer Staatssekretär für die Europäische Union, auf die sich meine Überlegungen stützen.

Versetzen wir uns zurück in das Europa von vor fünfzehn Jahren und sehen wir uns an, womit sich Joschka Fischer auseinandersetzen musste:

- Das unaufhaltsame Voranschreiten der Globalisierung
- Die Einführung des Euro und die Abschaffung der alten nationalen Währungen
- Die unmittelbar bevorstehende, ehrgeizigste Erweiterung in der Geschichte der Union. Erinnern Sie sich: zwölf Länder, ein Drittel ihrer gesamten damaligen Bevölkerung, ein Drittel ihres Territoriums, allerdings bei einem Drittel ihres Durchschnittseinkommens.
- Die Umsetzung der Lissabon-Strategie in dem Bestreben, ich zitiere wörtlich „die wohlhabendste, wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaft der Welt“ zu schaffen.

Das Bild wurde abgerundet durch:

- Eine Wachstumsrate des BIP von ungefähr 4%
- Klare Fortschritte bei der Integration von Justiz und Innerem nach dem Europäischen Rat in Tampere
- Embryonale Strukturen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

In diesem Klima des Wachstums und der Expansion hielt Herr Fischer die Zeit reif für einen Quantensprung: In seinen eigenen Worten „den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung“.

Mit der entsprechenden – Zitat – „Souveränitätsteilung von Föderation und Nationalstaaten“. Zur Verwirklichung dieser beiden Projekte schlug Herr Fischer vor, eine europäische Verfassung zu schaffen mit dem Ziel einer demokratischen Vertiefung und einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten auf der einen Seite und den verschiedenen europäischen Institutionen auf der anderen. Die Verabschiedung einer solchen Verfassung wäre laut Herrn Fischer ein weiterer Schritt innerhalb eines Prozesses, der einmünden würde in – und ich zitiere erneut – „die Vollendung der Integration in einer Europäischen Föderation“, womit sich der Kreis schlosse, den Robert Schumann ein halbes Jahrhundert zuvor aufgezeigt und begonnen hatte.

Wie erklärt es sich, dass sich diese vielversprechenden Zukunftsvisionen von Herrn Fischer nicht erfüllen sollten? Der spanische Philosoph Ortega y Gasset würde darauf antworten „Ich bin ich und meine Umstände“. Nun, die Umstände änderten sich:

- Der Lissabon-Prozess war ein absoluter Fehlschlag, wie es der Wim Kok Bericht unwiderruflich belegt.
- Die Erweiterung, an sich zwar eine der größten Errungenschaften der Union, stellte sich als schwer verdaulich heraus und führte in einer –noch nicht wirklich darauf eingestellten- Union zu dem, was Alain Lamassoure als „numerische Revolution“ bezeichnete.
- Der Euro wurde in die schwerwiegende Finanzkrise auf der anderen Seite des Atlantiks hineingezogen; ab dem Jahr 2008 rächte es sich, dass wir den wirtschaftlichen Pfeiler des Maastrichter Vertrages nicht weiter entwickelt hatten.
- Die finanzielle Instabilität wirkte sich auf die nationalen Staatshaushalte aus, führte zu einer erheblichen Kreditknappheit, zu einem Rückgang der Wirtschaftsaktivität und damit zu erhöhter Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen.

All diese Umstände muss man in Betracht ziehen, wenn man verstehen will, warum die von einem Konvent in den Jahren 2002 bis 2003 ausgearbeitete europäische Verfassung erst im Jahre 2010 und auch dann erst nach einem langwierigen Prozess der nationalen Ratifizierungen das Licht der Welt erblickte.

Und selbst dann nur mit Einschränkungen:

- lediglich in der Gestalt eines weiteren Vertrages (der Lissabonner Vertrag), weit entfernt von der von den Mitgliedern des Konvents angestrebten Klarheit und Transparenz
- ihres Verfassungscharakters beraubt
- ohne einige ihrer besonders symbolträchtigen Merkmale
- nicht zu vergleichen mit dem Gründungspakt eines neuen Europa, der vermeintlichen Krönung des Erweiterungsprozesses.

Wie ist es heute, fünfzehn Jahre nach dieser Ansprache von Herrn Fischer in der Humboldt Universität, um die Gesundheit unseres alten Kontinents bestellt?

Die schwerste Finanzkrise unserer Geschichte habe ich bereits erwähnt: die Euro-Krise. Nun, während der letzten fünf Jahre haben sich die europäischen Institutionen fast ausschließlich deren Überwindung gewidmet:

- in Form von bemerkenswerten Finanzregulierungen (six pack, two pack, fiscal compound, Revision des Lissabonner Vertrags, Bankenunion).

- in Form von spezifischen Maßnahmen in einigen Mitgliedsländern (Finanzierungsprogramme, Bereitstellung von Kreditlinien)
- in Form von innovativen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank
- und durch die entschlossene politische Haltung des Europäischen Rates, zu der Präsident Herman Van Rompuy einen entscheidenden Beitrag geleistet hat

„Mit Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß“, wie Sir Winston Churchill, einer der ersten großen Europäer sagen würde, gelang es uns, den Euro erst zu retten und dann zu konsolidieren.

Aber die konzertierte Aktion der europäischen Regierungen in dem Bestreben, die wirtschaftliche Konvergenz wiederherzustellen und damit die gemeinsame Währung abzusichern, hat zu einem Gefühl der Entfremdung in der europäischen Union geführt, gerade in den von der Krise besonders hart getroffenen südeuropäischen Ländern.

Paradoxerweise hat sich zu dieser Entfremdung in Folge der Krise ein weiteres Phänomen gesellt: der Wunsch der Bürger, am politischen Entscheidungsprozess teilzuhaben. In der Vergangenheit interessierten sich lediglich die Insider für europäische Angelegenheiten: Solange 80% des Haushalts der EU in die gemeinsame Agrarpolitik flossen, erweckte eine Debatte über, sagen wir einmal, den Preis der Zuckerrüben, nur begrenztes Interesse. Das alles änderte sich schlagartig, als nach dem Fall der Berliner Mauer auf einmal die Politik auf der europäischen Tagesordnung großgeschrieben wurde. Dazu kam die technologische Revolution, die den Bürgern im Verlauf des letzten Jahrzehnts Zugang zu allen nur erdenklichen Informationen über Europa verschafft hat, so dass sie sich eine fundierte Meinung bilden konnten. So sind wir vom „interessiert mich nicht“ zum „ich verlange, mitsprechen und teilnehmen zu dürfen“ übergegangen.

Dieses Phänomen hat Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie auf nationaler Ebene und stellt auch die europäische Demokratie vor neue Herausforderungen. Und das vor dem Hintergrund eines Dilemmas, das seit den Anfängen der Konstruktion Europas nie gelöst wurde und das im Grunde zurückzuführen ist auf verschiedene politische Visionen und entsprechend unterschiedliche Antworten auf die Frage „WELCHEN SINN HAT EUROPA?“

Da sind zum einen diejenigen, deren Vorstellung von Europa der eines Supermarkts gleicht: ein großer Verbrauchermarkt mit möglichst vielen Produkten zum günstigsten Preis und einem Minimum an Regeln.

Die andere Vision dagegen ist die eines behütenden Europas, das Hilfe leistet, ein väterliches Europa, das Subventionen verteilt und Schutz bietet vor der Konkurrenz von außen oder kommerziellen Dumping.

Beide Konzeptionen leben nebeneinander in einem gemeinsamen geographischen Raum, was zum Beispiel zur Folge hatte, dass die europäische Verfassung in Frankreich als „zu liberal“ abgelehnt und im Vereinigten Königreich als „zu sozial“ kritisiert wurde.

Der Fortbestand beider Auffassungen innerhalb des europäischen Raums zwingt diejenigen, die die Union anklagen, in Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten einzugreifen, zur Koexistenz mit denjenigen, die ihr mangelndes Durchsetzungsvermögen vorwerfen.

Insofern gilt es, Aufklärungsarbeit zu leisten, den Bürgern zu erklären, was die Union leisten kann und was nicht. Auch die Regierungen sollten bei ihren Erklärungen den Bürgern gegenüber pädagogischer vorgehen. Leider neigen sie dazu, bei schlechten Nachrichten der EU die Schuld zu geben, und sich mit den guten zu brüsten, obwohl sie in beiden Fällen in den europäischen Entscheidungsprozess eingebunden waren. Kann es uns wundern, dass die Europäer enttäuscht sind von einer Union, die von ihren Regierungen fast tagtäglich kritisiert wird? Ich schließe mich ein, alle, die wir Politik betreiben, haben den Hang, uns auf das Negative zu konzentrieren anstatt auf das, was erreicht worden ist. Um es in der Jägersprache zu sagen: „Sobald die Beute in der Tasche ist, vergessen wir sie“.

Und schließlich gibt es eine weitere Eigenart der europäischen Politik, über die wir uns Gedanken machen sollten. Sie besteht darin, dass wir, wenn wir ein Ziel erreicht haben, nicht alles daran setzen, das Potential des Erreichten wirklich auszuschöpfen und es den Bürgern nahe zu bringen. Vielmehr stürzen wir uns gleich auf die nächste Herausforderung.

Nach den bisherigen Überlegungen könnten wir den Zustand Europas also beschreiben als den eines Patienten, der eine lange, schwere Krankheit überstanden hat und nicht länger in Lebensgefahr schwebt, der aber immer noch schwach und verwirrt ist, den Ärzten misstraut und nicht weiß, was er tun kann, um wieder zu Kräften zu kommen.

Was können wir tun, um die Gesundheit von und das Vertrauen in Europa wiederherzustellen?

An erster Stelle positiv sein. Einige Gründe dafür gibt es:

1. Die Krise des Euro gehört der Vergangenheit an. Das ist eine wirklich gute Nachricht, denn die gemeinsame Währung ist ein entscheidendes politisches Element für das europäische Projekt.
2. Die Europawahlen 2014 haben institutionelle Stabilität geschaffen:
  - Zum ersten Mal seit 1979 gab es praktisch keinen Rückgang der Wahlbeteiligung.

- Entgegen den Umfragen kam es nicht zu einem Stimmenzuwachs der EU-Gegner, Euroskeptiker und Populisten, die alle groß im Zerstören aber unfähig sind, etwas zu schaffen.
- Im Parlament ist es gelungen, eine pro-europäische große Koalition zu bilden (Christdemokraten, Sozialisten und Liberale).
- Die Amtseinführung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder fand form- und fristgerecht statt.
- Ebenfalls form- und fristgerecht wurde Donald Tusk zum neuen Präsidenten des Europäischen Rates gewählt. Abgesehen von seinen Verdiensten, die außer Frage stehen, hat die Ernennung des früheren polnischen Premierministers auch einen stark symbolischen Charakter: Fünfundzwanzig Jahre nach dem Fall des Kommunismus wird ein Bürger des „entführten Europa“, um einen Ausdruck von Milan Kundera zu benutzen, „die beiden Europa zusammennähen“ wie sein Landsmann und lieber Freund Bronislaw Geremek zu sagen pflegte.

### 3. Die Rolle der Europäischen Kommission hat sich gefestigt:

- Indirekt haben die europäischen Bürger Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der Kommission gewählt, da er der Spitzenkandidat der am meisten gewählten Liste aller politischen Parteien war. Damit wurde Artikel 17 des Vertrages der Europäischen Union erfüllt gemäß dem Wortlaut des Vertrags von Lissabon, an dessen Formulierung José María Gil-Robles, Elmar Brok und ich nicht ganz unbeteiligt waren.

- Auch das Kollegium der Kommissare erfüllt die Voraussetzungen einer großen Koalition mit einem Sonderstatus für die erste Vizepräsidentschaft, die Frans Timmermans, den Präsident Juncker als sein Alter Ego bezeichnet, angetragen worden ist.

- Die Kommission ist über die fünf Prioritäten der im Juni 2014 verabschiedeten sogenannten Strategischen Agenda enger mit dem Rat verbunden.

Wir können nun feststellen, dass es dem Patienten besser geht, das ist wahr. Aber die Diagnose steht immer noch nicht fest, obwohl das die unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Behandlung ist.

In diesem Jahrhundert der Globalisierung, der gegenseitigen Abhängigkeiten, der Revolution der Kommunikationen und der digitalen Welt spielt „Größe“ eine wichtige Rolle. In der Europäischen Union ist diese Erkenntnis nicht neu. Schon vor etwas über einem halben Jahrhundert sagte Paul-Henri Spaak „Es gibt in Europa keine großen und kleinen Staaten. Alle sind klein. Nur, dass es einige noch nicht gemerkt haben“. Heute gilt noch mehr als damals, dass die kritische Masse, die allein aus der Europäischen Union heraus entstehen kann, unverzichtbar ist, um mit eigener Stimme und hörbar am Konzert der Nationen mitzuwirken.

Und warum ist es notwendig, sich in der Welt Gehör zu verschaffen? Weil Europa in einer Welt der Schwellenländer, der wieder aufstrebenden und der neuen Mächte nicht darauf verzichten kann, mit an dem Tisch zu sitzen, an dem die Regeln für eine neue Weltordnung aufgestellt werden. Und zwar, weil wir davon überzeugt sind, dass der European way of life besser als jedes andere politische, soziale und wirtschaftliche Modell dazu geeignet ist, Frieden, Demokratie, die Menschenrechte, die Grundrechte, eine freie Marktwirtschaft, wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion sowie Solidarität zu gewährleisten.

Gestatten Sie mir, dass ich an diesem Punkt eine Klammer aufmache. Es wird oft behauptet, dass die Prinzipien, die in den fünfziger Jahren als Antrieb der europäischen Idee fungierten, heute an Gültigkeit verloren hätten. Dem kann ich absolut nicht zustimmen.

Richtig ist, dass diese Prinzipien auf die griechische Philosophie zurückgehen, auf Rom – „dieses enorme System der Einverleibung“, wie es Theodor Mommsen definierte – auf das christliche Gedankengut und das der Aufklärung. Aber der ehrwürdige Charakter dieser jahrhunderte alten Kulturen und Strömungen nimmt ihren Prinzipien nichts an Aktualität.

Oder ist Frieden heute kein übergeordneter Wert mehr? Das fragen sie am besten die Ukrainer.

Und, während wir noch unter dem Schock der jüngsten Attentate in Paris stehen, hat etwa der Schutz der Meinungsfreiheit und der Menschenwürde an Wert verloren? Nun, genau das sind die Werte, die in Artikel 1 der Grundrechtscharta der Europäischen Union verankert sind.

Ist es etwa nicht nötig, sich zusammenzuschließen gegen diejenigen, die uns ihre Ideen, ihren Glauben oder ihre Identität aufzwingen wollen?

Müssen wir nicht ein Bollwerk zum Schutz gegen diejenigen errichten, die unseren Demokratien durch den Terror ein Ende bereiten wollen?

Neben diesen alten Herausforderungen der Vergangenheit klopft das 21. Jahrhundert vehement an unsere Tür und bringt neue Herausforderungen mit sich, auf die wir ebenfalls eine Antwort geben müssen. Ich denke da an den Klimawandel, den Bevölkerungsrückgang, die digitale Revolution, an Armut und soziale Ausgrenzung, die neuen Pandemien und viele weitere Herausforderungen, die gerade dann auftauchen, wenn wir am wenigsten damit rechnen.

Wenn die Diagnose stimmt – das heißt, wir haben die Euro-Krise hinter uns gelassen und müssen jetzt das Vertrauen zurückgewinnen, das Wachstum stützen und uns auf den Mehrwert der europäischen Politik konzentrieren – welches Medikament wenden wir an und wie dosieren wir es?

Uns steht das gesamte Instrumentarium aus dem im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon zur Verfügung. Fünf Jahre ist es schon her! Es war kein kurzer Prozess: Erinnern wir uns daran, dass er aus dem Vertrag von Amsterdam 1997 entstand und die Etappen des Vertrags von Nizza 2001 sowie des Projekts für einen Verfassungsvertrag 2005 durchlaufen hat. Dreizehn Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn mir meine Glücksfee den Wunsch gewähren würde, eine einzige Änderung am Vertrag von Lissabon vorzunehmen, würde ich Folgende wählen: Streichung der vorgeschriebenen Einstimmigkeit für die Revision und das Inkrafttreten der Verträge. Es wäre für meine Glücksfee ganz einfach und sie könnte sich ihren Zaubersand sparen: Die Änderung würde besprochen und auf einer Regierungskonferenz innerhalb nur eines Vormittags angenommen und unmittelbar darauf ratifiziert. Aber wie schon der in Deutschland wohl bekannte spanische Klassiker Calderón de la Barca sagte: „und selbst die Träume sind ein Traum“.

Deshalb glaube ich, dass es angesichts der ungeschminkten Realität weder möglich noch wünschenswert ist, eine Revision der Verträge vorzunehmen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Für einen Erfolg bedarf es eines grundlegenden Konsenses über den Umfang der angedachten Reform, und diesen Konsens gibt es derzeit nicht. Zweitens: Das ordentliche, im Vertrag vorgesehene Revisionsverfahren sieht die Einberufung eines Konvents vor, und das erfordert Zeit, das haben wir in Lissabon gesehen. Aus diesen beiden Gründen sehe ich von dieser Möglichkeit ab.

Wenn die Anwendung des Medikaments „Revision“ nicht möglich ist, dann bleibt uns nur eine Option: die Anwendung der bestehenden Texte. Das Sekundärrecht bietet viele Anwendungen, aber man muss es richtig dosieren.

Seit jeher musste die Union unverhältnismäßig viele Gesetze erlassen, um bestimmte Ziele zu erreichen. So zum Beispiel in den achtziger Jahren und zu Beginn der neunziger. Damals mussten zur Vollendung des Binnenmarkts 393 Richtlinien erlassen werden. Seit kurzem haben wir eine gewaltige gesetzgeberische Tätigkeit aufgeföhren, um, wie ich soeben erklärt hatte, die Glaubwürdigkeit des Euro wiederherzustellen.

Es existiert auch ein Bild – das habe ich von Jacques Delors oder Michel Rocard gehört – welches das europäische Aufbauwerk mit dem Fahrradfahren vergleicht: Man darf zu keinem Zeitpunkt aufhören, in die Pedale zu treten – soll heißen Gesetze zu erlassen – sonst läuft man Gefahr zu fallen. Ich habe selbstverständlich auch Ralf Dahrendorfs Antwort darauf gehört: „Als ich mit dem Fahrrad durch Oxford geradelt bin und aufgehört habe, in die Pedale zu treten, habe ich einen Fuß auf den Boden gestellt und bin nicht gefallen.“ Ich glaube, Sie verstehen, was ich sagen möchte.

Ich bin der Ansicht, der Zeitpunkt ist gekommen, an dem das Arzneimittel dosiert werden muss. Infolgedessen müssen wir einige Prioritäten festlegen, auf die wir den Schwerpunkt bei unserer Arbeit legen möchten. In diesem Zusammenhang erscheinen mir die fünf Punkte der vom Europäischen Rat im



Juni 2014 verabschiedeten Strategischen Agenda und die zehn von Juncker in seiner Amtsantrittsrede aufgeführten Vorschläge zwei nützliche Texte, um die Prioritäten der Gegenwart zu definieren.

Erlauben Sie mir, Ihnen meine Meinung darzulegen. Die Union sollte sich während dieser Amtszeit in erster Linie auf vier große Themenbereiche konzentrieren:

1. Das Europa des Wachstums, die Schaffung von Beschäftigung und sozialem Wohlstand. Sowohl der Juncker-Plan, der die Mobilisierung von 315 Milliarden Euro vorsieht, als auch die Durchführung von Strukturreformen auf nationaler und europäischer Ebene sind zwei grundlegende Elemente, um Ergebnisse zu erzielen.
2. Die Energieunion, ein oftmals aufgeschobenes Projekt, aber heute aufgrund der Ukraine-Krise und deren Auswirkungen auf die Beziehungen zu Russland unabdingbar.
3. Alle Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit und Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger, denn diese stellen jeweils eine Seite der gleichen Medaille dar:
  - Aufgrund der dramatischen Ereignisse, die sich unlängst im Mittelmeerraum abgespielt haben, erfordert die Einwanderung ein gemeinschaftliches politisches Vorgehen.
  - Des Weiteren bedarf es ebenfalls der Zusammenarbeit zur Bekämpfung der neuen Formen des Terrorismus. Hier können wir Spanien unsere im Zuge der Beendigung des ETA-Terrorismus gewonnenen Erfahrungen mit einbringen, bei der die europäische Solidarität ein Schlüsselement für den Erfolg der Demokraten gewesen ist.
4. Konsolidierung und Stärkung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Ich höre, wie viele die Unfähigkeit der Union kritisieren, zu außenpolitischen Fragestellungen mit einer Stimme zu sprechen. Aber ich glaube, man muss die Dinge in der Perspektive analysieren. Im Jahre 1984 gelang es den damals zehn Mitgliedstaaten der EWG nicht, eine gemeinsame Verurteilung auszusprechen, als zwei sowjetische MiG ein Flugzeug der Korean Airlines abschossen und 400 Menschen in den Tod rissen. In den neunziger Jahren war das Unglück des Krieges im ehemaligen Jugoslawien zu auszuhalten. Die Situation heute stellt sich ganz anders dar. Wir haben einen Europäischen Auswärtigen Dienst eingerichtet und unser außenpolitisches Handeln ist effizienter geworden. Und wir behalten das einheitliche Vorgehen in Mali, in der Ukraine und im Nahen Osten bei, wie kompliziert es auch immer sein mag.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor fünfzehn Jahren schloss Herr Fischer seine Rede mit einigen Überlegungen über die zukünftige Gestaltung Europas. Er erinnerte an einen Leitsatz von Hans Dietrich Genscher, gemäß dem „kein Mitgliedstaat gezwungen werden kann, weiter zu gehen, als er es kann oder wünscht, aber dass derjenige, der nicht weitergehen möchte, auch nicht die Möglichkeit hat, die anderen daran zu hindern“.

Er analysierte im Anschluss die verschiedenen Vorschläge, die zur Debatte standen, darunter auch die Föderation aus Nationalstaaten von Delors sowie das von Lamers und Schäuble vorgeschlagene Kerneuropa.

Für Fischer ging es in erster Linie darum, ich sage es mit seinen Worten, „das Gravitationszentrum zu finden, das einen Fortschritt hin zu mehr Integration ermöglicht“.

Fünfzehn Jahre später ist die Frage nach der zukünftigen Gestaltung Europas weiterhin aktuell. Vielleicht ist das Streben nach einem sicheren Wissen um die Zukunft ein Charakterzug, der allen Menschen eigen ist. Aber es ist nicht leicht, eine schlüssige Antwort darauf zu geben. Und um diese Überlegung von der Doktrin von Doris Day abzugrenzen – Sie erinnern sich an jene amerikanische Sängerin mit dem bekannten Refrain „Qué será, será...“ – möchte ich Ihnen, wenn Sie es mir erlauben, einige Leitgedanken unterbreiten.

- 1- Ich glaube nicht an diejenigen, die blind darauf vertrauen, dass der Integrationsprozess nicht rückgängig gemacht werden kann. Im Gegenteil, ich glaube, dass jeglicher Fortschritt in diese Richtung durch die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger legitimiert sein muss. Das europäische Aufbauwerk gleicht nicht mehr einem Zug, in den die Fahrgäste einsteigen, ohne sich für den Zielbahnhof zu interessieren. Sie fordern heute Informationen über den Preis, die Fahrtroute und die Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Transportmitteln. Aus diesem Grund müssen wir die Argumente genau abstimmen, wenn wir wollen, dass sie ihre Plätze einnehmen und die Reise zu mehr Integration antreten.
- 2- Ich glaube, dass das Gravitationszentrum für mehr Integration die Eurozone sein wird. Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt halten an einer ähnlichen These fest. Aber wenn wir von der Eurozone sprechen, müssen wir bedenken, dass es drei Gruppen von Ländern gibt:
  - Diejenigen, die dem Euro-Währungsgebiet angehören.
  - Diejenigen, die aktuell nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören, ihm aber in der Zukunft beitreten möchten.
  - Diejenigen, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören und dies auch nicht wollen.

Es liegt auf der Hand, dass die Grenzen zwischen der ersten und zweiten Gruppe verschwommen sind und dies auch weiterhin sein müssen. Dagegen wird sich die Gruppe derjenigen, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören und dies auch nicht wollen, am Ende von den anderen beiden distanzieren.

- 3- In welchen Bereichen kann nun unter Stützung auf dieses Gravitationszentrum eine stärkere Integration erreicht werden? Unter Wahrung der Kohärenz mit den vorherigen Ausführungen lautet meine Antwort wie folgt: In denjenigen Bereichen, in denen die Bürgerinnen und Bürger weiteren Fortschritten zustimmen. In diesem Zusammenhang enthält meiner Ansicht nach der so genannte Bericht der vier Präsidenten (des Europäischen Rats, der Kommission, der Euro-Gruppe und der Europäischen Zentralbank), der am 12. Oktober 2012 veröffentlicht wurde, mehrere Hinweise, denen es sich nachzugehen lohnt, darunter die Fiskalintegration und die politische Union, die das Dokument vorsichtig als „demokratische Legitimierung und Rechenschaftspflicht“ bezeichnet.
- 4- Wenn die Länder der Eurozone sich zu einer stärkeren Integration entschließen sollten, jedoch diejenigen, die dieser nicht angehören, beschließen sollten, sich ihnen weiterhin nicht anzuschließen, würden zwei Räume, zwei konzentrische Kreise, entstehen: der erste, stärker integrierte Kreis würde die Vereinigten Staaten von Europa bilden, so lautet der in der Außenpolitischen Strategie Spaniens verwendete Begriff, und der zweite, weniger integrierte Kreis würde weiterhin in der heutigen Europäischen Union verbleiben.
- 5- Sollte dieser Fall eintreten, würden wir einen Weg eröffnen, um die „britische Frage“ zu lösen. Indem wir dem Vereinigten Königreich die Möglichkeit garantieren, sich einer stärkeren Integration nicht anzuschließen, würde das angekündigte Referendum seinen Sinn verlieren. Aus der Drohung des „Brexit“ würde die Sicherheit des „Brexit!“ Und es besteht immer die Möglichkeit, dass das Vereinigte Königreich es sich noch einmal überlegt, da die Tür denjenigen, die sich anschließen möchten, offen stehen wird. Ich würde mir nichts mehr wünschen, als dass sich die Geschichte wiederholt. Erinnern Sie sich daran, wie das Vereinigte Königreich sich 1957 weigerte, einer der Gründerstaaten der Gemeinschaften zu werden...um später seinen Beitritt zu beantragen. Heinrich Heine hatte man einst gefragt, in welchem Land er gerne sterben würde. „In England“, antwortete er ohne Umschweife, „weil dort alles erst hundert Jahre später geschieht“. Eine wundervolle Lektion des bedeutenden Dichters der deutschen Romantik, der übrigens an dieser Universität studiert hat.

Ich komme zum Schluss. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, dieses etwas mutlose Europa anzuspornen oder, um es mit einem spanischen, schwer zu übersetzenden Ausdruck zu umschreiben, „ihm Illusion zu verleihen“.

- Wir Europäerinnen und Europäer werden von der Notwendigkeit angespornt, weiter vereint zu bleiben, um uns auf der internationalen Bühne zu behaupten.
- Wir Europäerinnen und Europäer fühlen uns alle bestärkt durch den Willen, die Dinge gemeinsam zu tun. So werden wir einen Mehrwert für den allgemeinen Fortschritt und Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger erreichen.
- Wir Europäerinnen und Europäer sind alle bestrebt, Werte und Prinzipien zu teilen. Sie sind die wahren Verbindungsglieder, die im Laufe der Geschichte entstanden sind und unseren Kontinent zu einem Ort gemacht haben, an dem es sich lohnt, in Freiheit, Frieden und Würde zu leben.

Gäbe es die Europäische Union nicht, so müsste man sie erfinden!